

Simonis, Udo E.

Article

UNCTAD IV - die Strukturprobleme der Weltwirtschaft und der Fetisch Marktwirtschaft

Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1976) : UNCTAD IV - die Strukturprobleme der Weltwirtschaft und der Fetisch Marktwirtschaft, Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 15, Iss. 4=22, pp. 24-28

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/122755>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis

UNCTAD IV: Die Strukturprobleme der Weltwirtschaft und der Fetisch Marktwirtschaft

Mit eindringlichen Worten hat *Gabriele Venzky* kürzlich die internationale Ignoranz gegenüber den Entwicklungsländern charakterisiert (siehe *Die Zeit* v 25. 6. 76). In absoluten Zahlen gerechnet hat es noch nie so viele arme, hungernde, arbeitslose und des Lesens und Schreibens unkundige Menschen gegeben wie heute. Zwei Drittel der Menschen in den Ländern der Dritten Welt leben unterhalb eines angemessenen Existenzminimums, ein Viertel aller Erwachsenen auf der Erde sind Analphabeten, ein Drittel aller arbeitsfähigen Menschen in der Dritten Welt ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, zwei Drittel der Erdbevölkerung in den Entwicklungsländern erbringen nur etwa 7% der Weltindustrieproduktion; andererseits entfallen rund die Hälfte der Rohstoffvorräte der Welt auf die Entwicklungsländer. Wen kann es da wundern, daß sich die Fronten zwischen arm und reich immer mehr verhärten und daß mit dem, was man hat, eine Umverteilung versucht wird, daß die Rohstofffrage international an Bedeutung gewinnt.

Eine Lösung der Entwicklungsprobleme und ihrer Begleitumstände in der Dritten Welt setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit zu grundlegenden Veränderungen im internationalen wirtschaftlichen System voraus. Auf der 4. Welthandelskonferenz (UNCTAD), die im Juni in Nairobi zu Ende ging, wurde nach Teillösungen gesucht. Die Dritte Welt hat den hochindustrialisierten Ländern ihre Forderungen gestellt, die in dem Ruf nach einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ ihren umfassenden Niederschlag finden. Auf der Welthandelskonferenz reagierten die reichen Industrienationen – allen voran die Bundesrepublik Deutschland – mit bloßer Abwehr, mit Glaubenssätzen oder mit der Kultivierung alter Vorurteile.

Der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Egon Bahr*, räumte ein, man habe sich schlecht vorbereitet: „Unsere Schwäche auf UNCTAD IV war, daß wir keine besseren Vor-

schläge hatten“ (*Spiegel*-Interview, 21. 6. 76). Auf anderer Ebene war von „Verschwörung gegen die Reichen“, von „tödlichen Konzepten“, von „Wahnsinnssystem“ und von „gigantischer Fehlallokation“ die Rede (*Die Zeit*), so als ob das, was heute vorliegt, nicht eine gigantische Fehlallokation der globalen Ressourcen wäre! Es wurden auch die eigenen Fehler zitiert: eine in weltweite Dimensionen potenzierte EG-Agrarordnung sei es, auf was man da in Nairobi zusteure (die *Zeit*). Von der Forderung nach einer sofortigen Aufgabe der EG-Agrarordnung konnte man jedoch nichts lesen. Der Leiter der deutschen Delegation in Nairobi schließlich faßte sein Urteil zum Nord-Süd-Gefälle in dem Satz zusammen: „Die Faulenzer in den Entwicklungsländern sollen sich erst mal angewöhnen, selber zu arbeiten, ehe sie anderer Länder fleißig verdiente Gelder verlangen.“ (Übrigens: Er wurde nicht gefeuert. Vielleicht weil er zum Ausdruck brachte, was ohnehin die Mehrheit der Deutschen über die Entwicklungsländer denkt?)

Warum aber marschierte die Bonner UNCTAD-Delegation vier Wochen lang ins diplomatische Abseits? Warum kam ein „Jein“ zu weiteren Verhandlungen erst, als die Konferenz am Rande des Abbruchs stand und aus den Deutschen längst die „häßlichen Deutschen“ geworden waren? Und warum hatten die Deutschen keine besseren Vorschläge, obwohl Zeit genug gewesen war, solche zu erarbeiten? Von den Erklärungsmöglichkeiten, die einem dazu einfallen, will und kann ich hier an dieser Stelle nur einige nennen, in Thesenform:

1. Der Wille und die Macht zu strukturellen Änderungen fehlt.
2. Die Theorie des praktischen Handelns läßt bestenfalls marginale Änderungen, aber keine strukturellen zu.
3. Man hatte sich zu sehr auf die vorgebrachten Änderungsvorschläge eingeschossen, als daß impulsgebende Eigeninitiativen noch möglich waren.

Die Industrieländer ohne konstruktive Initiative

Zu 1: Im Jahre 1967, 22 Jahre nach der Verkündung der UN-Charta war von 77 Staaten der Dritten Welt die „Charta von Algier“ proklamiert worden, ein Manifest der wirtschaftlichen Rechte und Forderungen. Die Gruppe 77 (der heute 106 Staaten angehören) will diese Forderungen eingelöst, gewisse Prinzipien des Sozialstaates auf die internationalen Beziehungen übertragen wissen und praktische Schritte zu einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung realisiert sehen.

Daß sich die Entwicklungsländer über ihre Forderungen leichter und schneller einigen konnten als die Industrieländer über ihre entsprechenden Angebote, dies mag in der Natur der Sache liegen. Letztere wollen zunächst einmal ihre (Vorzugs-) Stellung halten, weshalb sie in einer Art permanenter Abwehrhaltung verharren. Kreativität und Eigeninitiative im Hinblick auf den begonnenen neuen „Planetary Bargain“ oder „Internationalen Verteilungskampf“ sind aus einer solchen Haltung heraus kaum zu erwarten. Neben dieser psychisch-emotionalen Sperre dürfte für das Verhalten der Industrieländer – und insbesondere der Bundesrepublik – in Nairobi der theoretisch-ideologische Hintergrund bedeutsam sein, von dem aus argumentiert wird.

Zu 2: In der Ökonomie bilden Erfahrungen der Vergangenheit in entscheidendem Maße die Basis für Entscheidungen in der Gegenwart, selbst wenn veränderte Verhältnisse die Angemessenheit historischer Erfahrungen infragestellen. Diese Anwendung „konventioneller Weisheit“ mag den Nachdruck erklären, den unsere Minister in Nairobi auf die marktwirtschaftlichen Prinzipien gelegt haben, obwohl sie wissen, daß diese Prinzipien weder im internationalen Handel noch in ihrem eigenen Lande in reiner Form realisiert sind.

Marktwirtschaft kein Allheilmittel

Bundeswirtschaftsminister *Hans Friderichs* sagte: „Wir sind der Auffassung, daß wir durch den konsequenten Ausbau und die wirkungsvolle Anwendung des marktwirtschaftlich orientierten Weltwirtschaftssystems zu einer Verbesserung der Weltwirtschaftsstruktur zugunsten der weniger entwickelten Länder finden müssen... Wir haben diese Überzeugung, weil wir unseren eigenen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Katastro-

phe des Zweiten Weltkriegs einem auf Freiheit beruhenden Wirtschaftssystem verdanken. Wir glauben, daß aus dieser Erfahrung bei der Bewältigung vieler wirtschaftlicher Aufbauprobleme der Entwicklungsländer Nutzen gezogen werden kann“ (Rede in Nairobi, 7. 5. 76).

Ein Rat, der für diejenigen, die im marktwirtschaftlich orientierten Weltwirtschaftssystem eine Wurzel des Nord-Süd-Problems sehen, nicht überzeugend sein kann. Und er gibt ihnen selbst die Argumente; im Verlauf seiner Rede, aber in bezug auf das zur Diskussion stehende integrierte Rohstoffprogramm sagt er wörtlich: „Es gibt keine allgemein gültigen Patentrezepte und insofern auch keine undifferenzierten Globallösungen. Deshalb haben wir... Mißtrauen gegen die Formulierung allgemeiner Prinzipien oder gar Modelle, die angeblich jeden Einzelfall umfassen und auf jeden Einzelfall anwendbar sein sollen.“ Eben solch ein Mißtrauen hat die Gruppe 77 gegen das Patentrezept und die undifferenzierte Globallösung „Marktwirtschaft“. Dies muß der Ausgangspunkt einer jeden Diplomatie in Sachen Weltwirtschaft und Welthandel sein.

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Egon Bahr*, konstatiert, daß, wenn wir uns die heutige Lage ansehen, ein Transfer von Mitteln, Geld und Reichtum von den Entwicklungsländern in die Industrieländer stattfindet. Unter dem Stichwort „Arme sind für den Markt zu schwach“ differenziert er: „Wir sind ja nicht für eine Marktwirtschaft, die das Gesetz des Stärkeren zum Maßstab ihres Funktionierens macht. Wir sind der Auffassung, daß die Gesetze der Marktwirtschaft am ehesten geeignet sind, auch den Schwachen in der Welt zu helfen, wenn sie – und dieses Wenn ist zu unterstreichen – Rücksicht nehmen auf die Schwachen, wie wir das in der Bundesrepublik gelernt haben“ (*Vorwärts-Interview*, 10. 6. 76).

Die Industrieländer sind die Stärkeren. Wie aber können sie Rücksicht nehmen auf die Schwachen, wenn nicht einmal die Einsicht in die Notwendigkeit der Rücksichtnahme vorhanden ist (was alle Umfragen in der Bevölkerung bestätigen), geschweige denn die politische Macht, solche Rücksicht international auch durchzusetzen? „Zum Lachen“ – mit diesem Kommentar versah die *Frankfurter Rundschau* den soeben beschlossenen Verhaltenskodex der OECD für das Geschäftsgebaren multinationaler Unternehmen. In den grenzüberschreitenden Märkten genügt es nicht, das marktwirtschaftliche Prinzip zu verteidigen zu wollen, weil es längst untergegangen ist.

Die meisten Ökonomen meistern in ihrem Leben nur einen Set ökonomischer Ideen. Die, die gelernt haben, daß freie Märkte das Vehikel zur Expansion des Welthandels sind, und diese Expansion (und nicht die resultierende Verteilung der Ergebnisse) zum Mittelpunkt ihrer Argumentation machen, werden sich an diese These klammern, auch wenn es nur noch ein Strohalm sein sollte.

Für viele Industrieländer, ihre Regierungen und deren Berater liegt die Lösung der anstehenden weltwirtschaftlichen Probleme in der Verbesserung der Funktionsfähigkeit des globalen marktwirtschaftlich orientierten Systems, in der verstärkten Durchdringung der Märkte, in Exportexpansion und der dazu erforderlichen Beseitigung noch bestehender Zollschränken und nichttariflicher Handelshemmnisse. Diesen Überlegungen – diesem „konventionellen Wissen“ – liegt die ökonomische Theorie zugrunde, daß der Wohlfahrt der gesamten Menschheit am meisten durch eine Strukturierung der internationalen Arbeitsteilung auf der Grundlage der komparativen Kosten gedient sei: die am Welthandel teilnehmenden Volkswirtschaften sollen sich auf die Produktion jener Güter spezialisieren, bei deren Fertigung sie die vorgefundenen Produktionsfaktoren mit den relativ niedrigsten Kosten einzusetzen imstande sind.

Die Grenzen der Ricardo-Theorie

Aber diese die Freihandelsdoktrin stützende Theorie, die *David Ricardo* zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgestellt hat, ist keineswegs unumstritten. Seit einigen Jahren sind die von den Industriestaaten und den meisten internationalen Organisationen praktizierten und in der Regel auf ricardianischen Überlegungen aufbauenden Handelsstrategien, sowie die in der Dritten Welt selbst eingeleiteten Entwicklungsprozesse Gegenstand kritischer theoretischer Analyse. Hier wären vor allem die lateinamerikanische Dependencia-Theorie und wissenschaftliche Beiträge aus Asien und Afrika zu nennen. Ausgangspunkt ist die gegenseitige, aber asymmetrische Abhängigkeit zwischen den Nationen. Konstatiert werden grundlegende Defekte in den internen Wirtschaftskreisläufen der Entwicklungsländer, die verknüpft sind mit der Entwicklung in den hochindustrialisierten Ländern. Bei asymmetrischer struktureller Abhängigkeit verliert die kosmopolitische Aussage der Ricardo-Theorie an prak-

tischer Gültigkeit: Wohlfahrtsgewinne werden ungleich verteilt, es kommt zu struktureller Bereicherung auf der einen und struktureller Verarmung auf der anderen Seite.

Wenn an diesen (und anderen) Überlegungen auch nur ein Kern an Wahrheit ist, dann kann die Lage der Entwicklungsländer durch eine Expansion des Welthandels und die Stärkung seiner Mechanismen nicht grundsätzlich verbessert werden.

Zu 3: Man kann die in Nairobi vorgebrachten Forderungen der Armen an die Reichen, das teilweise Ausbrechen aus dem Kausalzusammenhang von marktgesteuertem Handel und Unterentwicklung in düsteren Farben malen und das Bild vom Verfall des freien Welthandels an die Wand zeichnen. Einem historischen Prozeß allein mit derartigem Pessimismus gegenüberzustehen, hat jedoch bestenfalls den Vorteil des Nichthandelnmüssens. Andererseits kann eine Konfrontation der Eliten der Entwicklungsländer mit den Regierungen der Industrieländer den Menschen in den Entwicklungsländern wenig dienen. Unumgänglich wird daher eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung, in der die Länder der Dritten Welt eine faire Chance zu einer angepaßten und auf eigenen Leistungen aufbauenden Entwicklung erhalten. Dies bedeutet sicherlich mehr als eine Modifizierung der bestehenden Handelsbeziehungen. Die (noch in Anfängen steckende) Theorie der autozentrierten Entwicklung könnte hierzu Ansatzpunkte liefern – worauf ich an dieser Stelle jedoch nicht eingehen kann. Stattdessen will ich auf die *UNCTAD-Konferenz zurückkommen*, die den Ideen der autozentrierten Entwicklung allerdings nur wenig Aufmerksamkeit schenkte, eher in traditionellem Sinne vorging, eine Partialkonferenz war und vielfach Rohstoffpolitik mit Entwicklungspolitik gleichsetzte.

Das Rohstoffproblem

Drei Fragenkomplexe standen zur Diskussion: Rohstoffe, Schuldenmoratorium, Technologietransfer. – Im Verlauf der Konferenz konzentrierte man sich jedoch im wesentlichen auf den ersten Fragenkomplex. Akkord und Disakkord zur Rohstoffproblematik, mit diesem Motto ließe sich *UNCTAD IV* umschreiben. Obwohl ein Einverständnis vorliegt, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen muß, ist das Wie das Problem. Für die Entwicklungsländer stehen zwei Ziele im Vordergrund:

a) Größere Stabilität auf den Rohstoffmärkten, auf denen die Preise enormen Schwankungen unterliegen. Nur zwei Beispiele aus den letzten Jahren: Zucker, 12 bis 650 Pfund Sterling pro Tonne; Kupfer, 330 bis 1400 Pfund. Solche Fluktuation von Preisen, die für viele Entwicklungsländer die wichtigsten Einnahmen bedeuten, macht langfristige Entwicklungsplanung in den betroffenen Ländern zu Papierplänen.

b) Verbesserung der Terms of Trade für Primärprodukte, dh Preisanhebung für Rohstoffe, wofür unter anderem eine Indexierung vorgeschlagen wird, derart, daß internationale Rohstoffpreise und Industriegüterpreise aneinander gekoppelt werden.

Preisstabilisierung und Preisanhebung bei Rohstoffen durch ein integriertes, 10 bzw 18 Rohstoffe umfassendes Programm (Korea-Plan) als zentrale Ziele der Entwicklungsländer auf *Unctad IV* trafen und treffen bei den Industrieländern, ihren Regierungen und deren Beratern auf eine Palette von Gegenargumenten. Sie sind zwar keineswegs übereinstimmend, was die einzelnen Länder betrifft (zB Niederlande gegen Bundesrepublik), aber dennoch konsensfähig. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier genannt:

1. Das ordnungspolitische Argument:

Das Rohstoffprogramm bedeute einen „schweren Eingriff in das Spiel von Angebot und Nachfrage“, sei also mit den Prinzipien der Marktwirtschaft nicht mehr vereinbar.

Vertreter dieser Argumentation müßten natürlich den Nachweis antreten, wo denn der marktwirtschaftliche Mechanismus international gesehen noch unbeeinflußt von außen wirkt und gleichzeitig zu sozial annehmbaren Ergebnissen führt. Hier kommt auch die disziplinäre Spezialisierung der die Debatte derzeit beherrschenden Ökonomen voll zum Vorschein: als Ökonom müsse man Fakten registrieren (sprich: für meßbares Wachstum sorgen), für soziale Gerechtigkeit sei der Ökonom nicht zuständig; und die Marktwirtschaft sei nun mal das effizienteste Wachstumsförderungsmittel.

2. Das Finanzierungsargument:

Der zur Realisierung des integrierten Rohstoffprogramms vorgeschlagene „gemeinsame Fonds“ (gemeinsam von Anbietern und Nachfragern von Rohstoffen aufgebrachte Mittel) sei zu teuer. Die vorliegenden Berechnungen über den aufzubringenden Kapitalaufwand zur Errichtung und Unterhaltung des Fonds sind in der Tat gewaltig; anderer-

seits sind 13,5 Mrd DM wenig im Vergleich zu der gesamten Schuldenlast der Entwicklungsländer, die derzeit etwa 350 Mrd DM beträgt.

3. Das Effizienzargument:

Unter Hinweis auf die *EG*-Agrarordnung wird die Effizienz des vorgeschlagenen integrierten Rohstoffprogramms bezweifelt. (Nirgends findet sich jedoch die Einsicht, daß eigene Fehler nicht notwendigerweise von anderen wiederholt werden müssen.) Dieses Programm enthält im wesentlichen verschiedene Elemente bisheriger Einzelabkommen über Rohstoffe – wie Ausgleichslager, Angebotskontrollen, Liefer- und Abnahmeverpflichtungen – und einige neue Elemente, wie zB die Indexierung.

Die Einstellung der Industrieländer zum integrierten Rohstoffprogramm ist wiederum in hohem Maße zwiespältig: einerseits findet sich der beschwörende Hinweis auf das Versagen einzelner Rohstoffabkommen in der Vergangenheit, andererseits zeigte man sich von Anfang an bereit – so auch die Bundesrepublik – über Einzelabkommen miteinander zu reden. Über eine zentrale Idee des Programms, mit der Integration von 10 bzw 18 Rohstoffen dem möglichen Scheitern einzelner Abkommen vorzubeugen, geht man dabei hinweg.

Integrierter Entwicklungsansatz statt Verabsolutierung von Einzelproblemen

Konferenzen von Art und Größe der Welthandelskonferenz von Nairobi entwickeln ihre Eigen-dynamik. Der „gemeinsame Fonds“ wurde für die Entwicklungsländer zu einem „magischen Wort“ (*Bahr*) und zum Credo für eine gerechtere Welt. Die Zurückdrängung des Schuldenproblems und des geforderten Schuldenmoratoriums ist hierfür ein Beleg. Typisch ist auch der Partialcharakter aller *UN*-Konferenzen der letzten Zeit. Mit der Verabsolutierung eines Themas gehen allzu leicht die Zusammenhänge verloren, die das Gesamtproblem „Entwicklung“ ausmachen. Sicherlich ist die Rohstofffrage wichtig, für einzelne Entwicklungsländer lebenswichtig. Die Diskussion des Weltproblems Entwicklung darf dabei aber nicht stehenbleiben. Sind stabile und höhere Rohstoffpreise die Weiche zu mehr Wohlstand in den Ländern der Dritten Welt? Die Gefahr einer monokausalen, einseitigen Behandlung dieser Frage liegt auf der Hand, die Nebeneffekte einer Bejahung dieser Frage ebenfalls (beispielsweise in Form höherer Gewinne bei Ländern, die sowohl

Rohstoff- als auch Industrieländer sind, wie zB USA und UdSSR). Komplementierung der Rohstofffrage, Diversifizierung der produktiven Kräfte, dh ein integrierter Entwicklungsansatz, dies muß die Richtung sein für die internationale Diskussion. Die Lösung des Rohstoffproblems ist in diesem Sinne nur ein Teil der globalen Auseinandersetzung um alternative Zukünfte.

Das Anliegen der Entwicklungsländer hat Julius K. Nyerere, der Präsident von Tansania, in einer viel zu wenig beachteten Rede anlässlich seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik im Frühsommer dieses Jahres klargemacht: „Wenn wir eine neue Weltwirtschaftsordnung fordern, dann geht es uns um die Regeln und Bedingungen, nach denen wir produzieren und uns am internationalen Handelsaustausch beteiligen... Bei diesen Fragen kreisen unsere Gedanken nicht um die Form, son-

dern um den Inhalt. Wir wünschen einen realen und automatischen Transfer von Ressourcen von den Reichen zu den Armen – umgekehrt zum jetzigen Zustand.“

Was die Bundesrepublik betrifft, so hat sich Nyerere über deren Optionen freundlich, aber deutlich geäußert: „Die Bundesrepublik ist heute eine der wohlhabendsten Nationen der Welt. Doch sie ist kein autarker Staat... Deutschland hat die Macht und die Möglichkeit, sich mit anderen Staaten... zusammenzuschließen und sich führend am internationalen Kampf für größere wirtschaftliche Gleichheit und Gerechtigkeit zu beteiligen. Oder aber es unterstützt, trotz des anwachsenden wirtschaftlichen Chaos in der Dritten Welt, den Fortbestand des jetzigen internationalen Systems, immer in der Erwartung, daß der Kessel nicht platzt“ (*Frankfurter Rundschau*, 29,h. 76).